

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 45 (1953)
Heft: 12

Artikel: Kleines ABC des Geldes
Autor: Steinemann, Eugen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353617>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 12 - DEZEMBER 1953 - 45. JAHRGANG

Kleines ABC des Geldes

1. Geldwert und Geldmenge

Das Geld ist soviel wert, als man dafür kaufen kann; Geldwert ist daher dasselbe wie *Kaufkraft des Geldes*. Für die Wirtschaftspolitik ist es sehr wichtig, das Ausmass der Geldwertänderungen festzustellen. Das geschieht, indem man die Warenpreise beobachtet. Der Geldwert verhält sich nämlich genau umgekehrt wie die Warenpreise: wenn die Preise auf das Doppelte steigen, sinkt der Geldwert auf die Hälfte; sinken die Preise auf einen Drittel, dann steigt der Geldwert auf das Dreifache usw. Aus jeder Veränderung der Preise lässt sich daher ohne weiteres die entsprechende Veränderung des Geldwertes berechnen.

Um *den* Geldwert zu bestimmen, müsste man sämtliche vorkommenden Warenpreise verfolgen. Für praktische Zwecke genügt eine Auswahl von wichtigen Waren, wobei je nach der Auswahl verschiedene Arten von Geldwert herauskommen können. Wenn man zum Beispiel die Preise der wichtigsten Verbrauchsgüter verfolgt (Lebenskostenindex), dann erhält man Bescheid über den Wert des *Konsumentengeldes*. Untersucht man hingegen die Engrospreise (Grosshandelsindex), so ergibt sich der Wert des *Händlergeldes* im Grosseinkauf.

Gewöhnlich bewegen sich die Veränderungen der verschiedenen Arten von Geldwert in gleicher Richtung, wenn auch in verschiedenem Ausmass und Tempo. Wir sehen im folgenden von diesen Unterschieden ab und bezeichnen mit P den *Durchschnittspreis* sämtlicher Waren, der sich praktisch nicht berechnen lässt, der uns aber zur Erklärung der Zusammenhänge zwischen Geldwert und Geldmenge gute Dienste leistet. Den Uebergang zur Praxis finden wir, wenn wir uns bewusst sind, dass sich der Lebenskostenindex gewöhnlich ungefähr gleich verhält wie unser P.

Wie alle einzelnen Preise, so steht auch der Durchschnitt aller Preise (P) in einem bestimmten Verhältnis zu Angebot und Nach-

frage der betreffenden Waren. Je grösser die Nachfrage, desto höher ist gewöhnlich der Preis; je grösser hingegen das Angebot, desto niedriger ist der Preis. In unserem Fall des allgemeinen Preisdurchschnittes (P) besteht das Angebot aus der Gesamtmasse aller in einem bestimmten Zeitraum (zum Beispiel einem Jahr) feilgebotenen Waren (W), und die Nachfrage in der Gesamtmasse des in der gleichen Zeit jenen Waren gegenübergetretenen Geldes.

Wenn wir diese Warenmenge und diese Geldmenge kennen, dann können wir ohne weiteres den Durchschnittspreis (P) berechnen. Nehmen wir etwas vereinfacht an, in einer Volkswirtschaft seien während eines Jahres 100 Milliarden kg Waren aller Art angeboten und gleichzeitig eine Geldmenge von 200 Milliarden Franken ausgegeben worden, um jene Waren zu kaufen. Das hätte einen Durchschnittspreis von 2 Franken je Kilo Ware ergeben. Der Durchschnittspreis berechnet sich somit aus der ausgegebenen Geldmenge, dividiert durch die Warenmenge.

Die *ausgegebene* Geldmenge ist nicht einfach gleichzusetzen mit der *vorhandenen* Geldmenge, da das gleiche Geldstück mehrmals nacheinander am Markt auftreten kann, je nachdem wie schnell es umläuft. Die ausgegebene Geldmenge ist daher das Produkt aus der vorhandenen Geldmenge (G), multipliziert mit der durchschnittlichen Zahl der Umläufe (U) je Franken in der betreffenden Zeit (*Umlaufgeschwindigkeit*). Wenn wir dies berücksichtigen, so erhalten wir also: Der Durchschnittspreis (P) ist gleich der vorhandenen Geldmenge (G), multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit (U), dividiert durch die Warenmenge (W); in einer Formel:

$$P = \frac{G \times U}{W}$$

Damit haben wir die berühmte *Quantitätsgleichung des Geldes* abgeleitet, die dem Sinne nach schon vor 200 Jahren bekannt war und in dieser Form bereits im letzten Jahrhundert gebraucht wurde. Die Gleichung als solche ist unanfechtbar, doch kann sie verschieden ausgelegt und angewendet werden. Eine falsche Anwendung hat schon zu Marxens Zeiten die auf jener Gleichung fussende sogenannte Quantitätstheorie des Geldes in Verruf gebracht, nämlich die Meinung, die rechte Seite der Gleichung sei immer der verursachende Teil, während die linke Seite, das heisst der Preis, einfach passiv die Folgen auf sich nehme. In Wirklichkeit kann sich sehr wohl die Preisseite als die stärkere behaupten, der sich die rechte Seite, die Geld- und die Warenmenge, anzupassen haben. Was damit gemeint ist, werden ein paar praktische Beispiele erläutern.

Zahlenmässig lässt sich mit der Geldwertgleichung nicht viel anfangen, weil die Geldmenge und besonders die Umlaufgeschwindigkeit statistisch äusserst schwierig zu erfassen sind. Der theoretische

Wert der Formel ist trotzdem gross, weil sie die Zusammenhänge zwischen Geldwert und Geldmenge sehr klar vor Augen führt. Man sieht zum Beispiel aus der Gleichung sofort, dass die Preise steigen müssen, wenn die Geldmenge (G) oder die Umlaufgeschwindigkeit (U) oder beides zusammen zunimmt und die übrigen Grössen der rechten Seite gleich bleiben. Das ist der typische Fall der *Inflation*. Man sieht ferner, dass auch bei gleichbleibender Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit eine Inflation entstehen kann, falls die Warenmenge abnimmt. Umgekehrt, wenn Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit abnehmen bei gleichbleibender oder zunehmender Warenmenge, dann muss das Preisniveau sinken; wir haben den Fall der *Deflation*.

Wenn jedoch die Umlaufgeschwindigkeit im gleichen Mass abnimmt, wie die Geldmenge vergrössert wird, dann bleibt das Preisniveau unverändert, bei gleichbleibender Warenmenge. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn in einer Krise die Notenausgabe vergrössert wird, die Noten jedoch gehortet werden. Die Geldmenge ist dann zwar grösser geworden, aber die durchschnittliche Umlaufgeschwindigkeit hat sich infolge der Hortung vermindert, so dass die Preise gleich bleiben oder sogar sinken können.

Aus der Geldgleichung ist auch ohne weiteres ersichtlich, welches die Folge eines Preisstops ist, wenn die Geldmenge über die Warenmenge hinausgewachsen ist. Es entsteht ein sogenannter «*Geldüberhang*», der durch Verlangsamung des Geldumlaufs neutralisiert werden muss, wenn er sich nicht im Schwarzhandel auf die bereits zu kleine Warenmenge stürzen und damit den Preisstop illusorisch machen soll. In diesem Fall ist daher das Horten von Gold volkswirtschaftlich sehr erwünscht, weil es den Geldüberhang unschädlich macht.

Besser ist natürlich, wenn man den Geldüberhang selbst vermeidet, indem man die Geldmenge der Warenmenge anpasst. Aber bei abnehmender Warenmenge (zum Beispiel im Krieg) ist das ein zweischneidiges Schwert, weil es sozusagen unmöglich ist, die Geldmenge gerade in jenem Bereich zu vermindern, wo sie unerwünschte Nachfrage bilden würde. Man wird bei der Geldverknappung immer auch solche Kaufkraft treffen, die den nötigen Absatz für vorhandene Waren geschaffen hätte, was deflationistische Wirkungen hat. Darum wird man bei einer Warenverknappung immer lieber eine kleine Inflation in Kauf nehmen, als eine Deflation zu riskieren, die grössere Bereiche der Wirtschaft treffen kann, auch wenn im gesamten Durchschnitt die Preise gleich bleiben.

Damit sind wir beim wichtigsten Fall angelangt, da die Preisseite der Geldgleichung ihre Selbständigkeit beweist und normalerweise durchsetzt: bei einer *Verteuerung der Kosten*, zum Beispiel wegen Preishausse auf den eingeführten Rohstoffen — eine sehr aktuelle Erscheinung. Die Preise der mit diesen Rohstoffen ver-

fertigten Güter werden heraufgesetzt, und die Geldmenge passt sich ganz automatisch dieser Anforderung an, indem zum Beispiel von den Rohstoffimporteuren mehr Kredit angefordert wird. Die Geldgleichung gilt natürlich immer noch, nur ist jetzt das Preisniveau (P) nicht abhängig von der Geldmenge, sondern umgekehrt die Geldmenge bestimmt durch das Preisniveau. Wollte man das letztere trotz gestiegenen Rohstoffpreisen auf seiner ursprünglichen Höhe festhalten, so könnte das wiederum nur durch eine Deflation bei den übrigen Gütern erreicht werden. Bei grösserem Ausmass der Bewegungen würde das Absatzstockungen, Bankrotte und Arbeitslosigkeit bedeuten.

Ein anderer Fall von Anpassung der Geldmenge an das Preisniveau liegt vor bei *ausgedehnten Rationalisierungen* und dadurch sinkenden Stückkosten. Die Preise werden herabgesetzt — sofern die Konkurrenz funktioniert, und die Geldmenge folgt dem relativ verminderten Bedarf. Absolut wird die Geldmenge gewöhnlich trotzdem zunehmen, und zwar wegen der starken Vermehrung der Warenmenge. Die Anpassung an das gesunkene Preisniveau wird dadurch zustande kommen, dass die Geldmenge nicht im gleichen Mass zunimmt wie die Warenmenge.

2. Was ist Geld?

Wir haben oben gesagt, es sei sehr schwierig, die Geldmenge statistisch zu erfassen. Wohl wird der Betrag der vorhandenen Banknoten jede Woche im Ausweis der Nationalbank festgestellt, und auch sämtliche umlaufenden Münzen werden regelmässig bis auf den letzten Rappen angegeben. Das ist aber nicht die ganze Geldmenge, sondern nur jener Teil, den man als *Bargeld* bezeichnet.

Die meisten Geschäftsleute bezahlen jedoch ihre Einkäufe nicht mit solchem Bargeld, sondern durch Uebertragung von Guthaben, die sie auf dem Postcheckkonto oder auf einer Bank besitzen, oder auch mit Krediten, die ihnen eine Bank zur Verfügung stellt. Diese Guthaben und Kredite spielen in bezug auf den Geldwert genau die gleiche Rolle wie das Bargeld und müssen daher zum Bargeld hinzugerechnet werden, wenn man die gesamte Geldmenge erfassen will. Man nennt diese Art Geld im Gegensatz zum Bargeld gewöhnlich *Buchgeld*, weil sie ihr Dasein in Form einer Eintragung in einem Kontobuch fristet.

Es leuchtet ein, dass es nicht so einfach ist, alle Konten statistisch zu erfassen, die regelmässig oder gelegentlich zur Begleichung von Warenschulden benützt werden. Die Postcheckkonten sind bekannt; aber aus den Bankbilanzen ist nicht ohne weiteres ersichtlich, welche Konten nur zur Kapitalanlage und welche dem Geldverkehr dienen. Auch ist es nicht einfach auseinanderzuhalten, welche Geldkonten

für den Warenverkehr und welche nur für Banktransaktionen verwendet werden.

Im grossen ganzen kann man in der schweizerischen Bankenstatistik die Rubriken *Checkrechnungen und Kreditoren auf Sicht* als Buchgeldkonten betrachten. Sie betragen Ende Oktober 1951 bei allen Banken der Schweiz 5,5 Milliarden Franken. Zusammen mit den *Postcheckguthaben* von 1,1 Milliarden ergibt sich also für die Schweiz eine Buchgeldmenge in der Grössenordnung von 6,6 Milliarden Franken. Dem stand zur gleichen Zeit eine *Bargeldmenge* (ohne Gold) von 4,6 Milliarden Franken gegenüber. Da die Umlaufgeschwindigkeit bei dem Buchgeld erfahrungsgemäss erheblich grösser ist als beim Bargeld, werden auch in der Schweiz bedeutend mehr Waren bargeldlos umgesetzt als mit Hilfe von Bargeld. Auf dem Postcheck allein betrug 1950 der bargeldlose Umsatz 81 Milliarden Franken. In Amerika rechnet man mit zehnmal so grossen Umsätzen durch Buchgeld wie durch Bargeld.

3. Geld und Gold

In der «guten alten Zeit» musste die Währung eine währschafte Grundlage haben, und als den Gipfel der Verlässlichkeit betrachtete man das Gold. Weil das Gold jedoch im Umlauf nicht immer bequem war, aber vor allem weil man nicht genug hatte, um den Geldbedarf der Wirtschaft zu befriedigen, hat man schon früh an Stelle des Goldes *Noten* herausgegeben, die aber jederzeit gegen Gold eingelöst werden konnten. Die Noten ausgebenden Stellen mussten daher stets eine genügende *Golddeckung* vorrätig haben, um allfälligen Einlösungsanforderungen entsprechen zu können.

So kam die Meinung auf, der Wert der Noten beruhe auf der Golddeckung. In Wirklichkeit richtete sich ihr Wert im Sinne unserer Geldwertgleichung seit je zur Hauptsache nach ihrer Knappheit im Verhältnis zur Warenmenge. Diese Knappheit war allerdings bei der klassischen Goldwährung, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg herrschte, durch die Goldmenge bestimmt. Nach den verschiedenen nationalen Währungsgesetzen durften niemals mehr Noten als ein bestimmtes Mehrfaches (gewöhnlich zweieinhalb) der Golddeckung ausgegeben werden.

Im ersten Weltkrieg ist dann überall die Einlöschungspflicht der Notenbanken aufgehoben worden, und das ist, nach einem Zwischenspiel in den zwanziger Jahren, auch noch der heutige Zustand. Die Golddeckung hat demgemäss ihren ursprünglichen Sinn vollständig verloren. Die Geldmenge, die in die Geldwertgleichung eingeht und damit im Rahmen des oben Ausgeführten über das Preisniveau entscheidet, ist heute völlig unabhängig von der Goldmenge.

Währungsgold braucht man heute ausser für Hortungszwecke und Spekulationen nur noch im internationalen Zahlungsverkehr, zum

Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten und zur Stützung des Wechselkurses. Zwischen zwei Goldwährungsländern funktioniert dieser Ausgleich automatisch. Die *Goldwährung* besteht nämlich in erster Linie darin, dass die Währungseinheit durch ein bestimmtes Quantum Gold definiert wird. Vor 1936 war zum Beispiel der Schweizer Franken gesetzlich auf 290 Milligramm Gold festgelegt, während der holländische Gulden 605 Milligramm Gold «enthielt». Das Austauschverhältnis der beiden Währungen, das heisst der Wechselkurs, ergab sich ohne weiteres aus dem Verhältnis der beiden Goldgehalte: Ein Franken verhielt sich somit zu einem Gulden wie 290 zu 605 oder wie 1 zu 2,08. Für einen Gulden musste man also 2,08 Franken bezahlen, oder, wie man das in der Fachsprache ausdrückt, der *Parikurs* des Guldens betrug 2,08 Franken, wobei Parikurs eben jener Kurs bedeutet, der dem Verhältnis der Goldgewichte der beiden Währungen entspricht.

Auch im internationalen Handel wird normalerweise mit Buchgeld (man nennt es in dem Fall «*Devisen*») und nicht mit Gold bezahlt, weil dies einfacher und billiger ist. Die Verfrachtung des Goldes ist eine ziemlich kostspielige Angelegenheit, während die Uebertragung eines Guthabens aus einem Schweizer Bankkonto in ein holländisches erheblich weniger kostet. Zwischen zwei Goldwährungsländern besteht daher neben dem Parikurs immer noch ein *Devisenkurs*, der den Preis des ausländischen Buchgeldes in inländischer Währung angibt, also zum Beispiel den Preis eines sofort verfügbaren Guthabens von 100 Gulden bei einer Amsterdamer Bank in Schweizer Franken.

Dieser Devisenkurs variiert je nach Angebot und Nachfrage der betreffenden Devisen. Ist die schweizerische Nachfrage nach holländischen Devisen grösser als die holländische nach Schweizer Devisen, dann steigt der holländische Kurs und umgekehrt. Bei der Goldwährung ist die Variationsmöglichkeit der Devisenkurse jedoch eng begrenzt innerhalb der beiden sog. *Goldpunkte*. Sobald nämlich der Unterschied zwischen Devisenkurs und Parikurs grösser ist als die Kosten der Goldverfrachtung, dann lohnt es sich, mit Gold statt mit Devisen zu zahlen. Es wird daher eine Goldbewegung aus dem Land mit dem tiefern nach dem Land mit dem höhern Devisenkurs einsetzen, die solange anhält, bis der Devisenkurs selbst wieder in seine Schranken zurückgetreten ist, die eben durch die Kosten der Goldbewegung gegeben sind. Diese Schranken, bedingt durch die Kosten der Goldzahlung, nennt man die *Goldpunkte*. Mit andern Worten: Sobald die starke Nachfrage nach einer Devise, deren Kurs über den Goldpunkt hinaus steigert, tritt an Stelle der Nachfrage nach dieser Devise die Bezahlung mit Gold, das man bei Goldwährung stets zum festgesetzten Parikurs kaufen kann.

Zwischen zwei Goldwährungsländern kann also der Wechselkurs nur ganz wenig schwanken, weil er automatisch innerhalb der Gold-

punkte gehalten wird. In dieser Tatsache liegt denn auch der Hauptvorteil der Goldwährung. Für den internationalen Handel ist es selbstverständlich sehr günstig, wenn die Exporteure und Importeure mit festen Wechselkursen rechnen können, während stark schwankende Wechselkurse den Aussenhandel erschweren. Für die Schweiz, deren Volkseinkommen zu einem Viertel bis einem Drittel aus der Aussenwirtschaft stammt, fällt dies stark ins Gewicht.

Damit die Goldwährung richtig spielen kann, sind verschiedene Voraussetzungen nötig, die heute kaum mehr gegeben sind. Erstens müssten alle beteiligten Länder über genügend Gold verfügen, um kurzfristige Zahlungsbilanzdefizite durch Goldzahlungen ausgleichen zu können. Zweitens dürften keine anhaltenden Zahlungsbilanzdefizite vorkommen, weil einem dauernden Abströmen des Goldes der grösste Goldschatz nicht gewachsen sein kann. Schliesslich müsste man einigermassen sicher sein, dass das Ausland keine Inflation oder Deflation betreiben wird, weil es bei Goldwährung, die ein Land sehr eng mit dem andern verknüpft, erheblich schwieriger ist, eine selbständige Währungspolitik zu treiben.

Weil diese Voraussetzungen heute kaum mehr oder nur noch sehr bedingt vorhanden sind, ist man allgemein von den strikten Regeln der Goldwährung abgegangen und hat Währungssysteme entwickelt, welche die Vorteile der Goldwährung möglichst beibehalten, aber den Währungsbehörden in kritischen Situationen mehr freie Hand lassen. So lassen heute auch die beiden einzigen Länder, die noch einen *Goldparikurs* für ihre Währung gesetzlich festgelegt haben, die USA und die Schweiz, das Gold nicht einfach automatisch nach dem Belieben der Importeure und Exporteure abfliessen, sondern die Währungsbehörden behalten sich die Entscheidung vor, ob sie Gold abgeben wollen und wieviel. Grossbritannien hat für seine Währung überhaupt kein festes Verhältnis zum Gold mehr festgelegt, sondern sich nur verpflichtet, das Pfund in einem *bestimmten Verhältnis zum Dollar* zu halten, ohne sich allerdings daran fest gebunden zu fühlen.

Andere Länder wie die meisten Mitglieder des britischen Commonwealth und die skandinavischen Staaten sind noch weiter vom Gold entfernt, indem sie ihre Währung *auf das englische Pfund ausgerichtet* haben. So stützt sich also gewissermassen ein ganzer Stammbaum von Währungen zuletzt doch auf das Gold: auf die Gold-Wurzel der Dollar-Stamm, auf den Dollar-Stamm der Pfund-Ast und auf den Pfund-Ast die Kronen-Zweige und viele andere. Wie es für den Dollar und den Schweizer Franken einen Goldparikurs gibt, so gibt es für das englische Pfund eine Dollarparität und für die dänische Krone eine Pfundparität.

Wie die letztlinige Abstützung auf das Gold als Währungsbasis, so ist all diesen Währungen auch das gemeinsam, dass sie ihre Devisenkurse in der Nähe der einmal gewählten Parität zu halten

trachten, indem sie den Geldverkehr mit dem Ausland mehr oder weniger direkt oder scharf kontrollieren und indem sie mit Goldabgaben und Goldannahmen nachhelfen, wenn der Devisenmarkt einseitig ausgerichtet ist, so dass Angebot oder Nachfrage stark überwiegen.

4. Geld und Krise

Ueber den Zusammenhang von Geld und Wirtschaftskrisen sind schon viele Bücher geschrieben worden. Es handelt sich dabei um ein so weitschichtiges und vielfach verschlungenes Problem, dass man jedenfalls eines zur Beurteilung der verschiedenen Krisentheorien sagen kann: Wer glaubt, das Krisenproblem mit wenigen einfachen Strichen umreißen und gar lösen zu können, der ist bestimmt auf dem Holzweg. Wir werden uns nicht vermessen, die Krisenfrage hier lösen zu wollen, sondern uns mit einigen wichtigen Klarstellungen begnügen, die zur Erhellung wesentlicher Züge des Krisenproblems beitragen und vor Fehlschlüssen und falschen Vorstellungen schützen können.

Es gibt eine ganze Reihe von sogenannten monetären Krisentheorien, nach denen die Krisen auf das Versagen des Geldes oder der Geldpolitik zurückzuführen ist. Nicht zu bestreiten ist, dass ein schlechtes Geld oder eine verkehrte Geldpolitik Krisen hervorrufen kann. Wenn die Geldbehörden aus irgendeinem Grunde das Geld verknappen, dann kann daraus eine schlimme *Deflationskrise* entstehen.

Andererseits kann die ganze Wirtschaft in ein unabsehbares Chaos hineingeführt werden, wenn eine Regierung bedenkenlos die Geldpresse in Bewegung setzt und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft immer mehr Geld hinausgibt. *Inflationen* dieser Art sind zu bekannt, als dass man sie näher bezeichnen müsste. Es gilt daher seit den Erfahrungen der dreissiger Jahre als fast unbestrittener *oberster Grundsatz aller Geldpolitik*, dass Inflationen und Deflationen möglichst zu vermeiden sind.

Aus dieser Möglichkeit der monetären Krisenverursachung folgt aber nun keineswegs, dass jede Krise aus Mängeln des Geldwesens zu erklären wäre oder mit geldpolitischen Massnahmen verhindert werden könnte. Bei der engen Verflechtung der modernen Wirtschaft mit dem Geldwesen ist allerdings kaum eine Krise denkbar, bei der das Geldwesen nicht auch mehr oder weniger stark mitbeteiligt wäre. Entstehen und Vergehen der Krise stellen ein enges Zusammenspiel von monetären und andern Faktoren dar, bei dem bald die einen und bald die andern mehr hervortreten.

Die typischen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft bereiten sich immer schon im Aufschwung vor. Wenn die Erholung von einer vorausgegangenen Depression sich einigermaßen durchgesetzt hat, dann nimmt der Aufschwung aus verschiedenen Gründen gewöhnlich

eine *stürmische Gangart* an, die sich bald in Preissteigerungen und ausgesprochenen Ueberinvestierungen wie in akutem Arbeitermangel auswirkt. Schon aus rein naturgegebenen Gründen könnte das angeschlagene Tempo nicht auf längere Dauer eingehalten werden, da die Arbeitskräfte und die Rohstoffe sich nicht beliebig vermehren lassen und auch die arbeits- und rohstoffsparenden Methoden den Ausgleich nicht schaffen können, zumal da sie ja selber gewöhnlich grosse Investitionen an Arbeit und Rohstoffen benötigen, bevor sie wirksam werden können. Es muss also naturnotwendig zu einem Punkt kommen, da das stürmische Tempo abgebremst werden muss. Die Verteuerung der Arbeit, der Rohstoffe und des Kapitals mit den daraus erfolgenden Verlusten in manchen knapp kalkulierten Betrieben erzwingen diese Verlangsamung.

Soweit wäre noch kein Unglück geschehen. Die Erfahrung lehrt aber, dass die einmal in Schwung gebrachte Konjunktur sich nicht einfach abbremsen lässt, sondern dass die *Bremse wie ein Schock* wirkt, der die Konjunktur wie einen Pendel zum Rückschwung veranlasst. An dieser Entwicklung ist das Geldwesen insofern beteiligt, als der Aufschwung gewöhnlich inflatorischen Charakter hat: die umlaufende Geldmenge steigt stark über die angebotene Warenmenge hinaus und verursacht Preissteigerungen, die das Tempo des Aufschwungs noch beschleunigen, weil jeder Unternehmer um so bessere Geschäfte macht, je schneller und massenhafter er einkauft.

Es wäre aber verfehlt, daraus zu schliessen, dass man die Fehlentwicklung mit geldpolitischen Massnahmen unterbinden könnte. Wohl liesse sich die Geldmenge von der Notenbank aus vermindern, indem man zum Beispiel den *Diskontsatz* hinaufsetzt, das heisst den kurzfristigen Kredit verteuern würde. Aber damit würde man gerade in erster Linie den völlig legitimen Handel und die sehr erwünschten normalen und sichern Investitionen treffen und erschweren, während die spekulativen und volkswirtschaftlich schädlichen Ueberinvestitionen genügend andere Kredite zur Verfügung haben und heutzutage sogar zum grössten Teil durch sog. Selbstfinanzierung gespiesen werden. Man kommt ihnen nur durch viel *direktere Methoden* bei, wie sie die Arbeiterbewegung und der Delegierte für Arbeitsbeschaffung um 1946/47 empfohlen haben: die staatliche Investitionskontrolle durch Bewilligungspflicht für industrielle Bauvorhaben. Auch steuerpolitische Massnahmen können hier unter Umständen sinnvoll und wirksam eingesetzt werden, wie das zum Beispiel mit dem Bundesbeschluss über die Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft geschieht.

Ist es jedoch nicht gelungen — und es wird auch bei bester Planwirtschaft kaum je ganz gelingen —, den Aufschwung von Anfang an in eine gesittete Gangart hineinzulenken, dann kommt alles darauf an, den Uebergang aus dem Galopp in den Trab ohne Kollaps zustande zu bringen. Auch hierbei handelt es sich gar nicht oder höch-

stens negativ um ein Problem der Geldmenge. Eine radikale Geldverknappung, wie das früher in solchen Situationen etwa geschah, wäre natürlich das dümmste, was jetzt vorgenommen werden könnte, und muss unbedingt vermieden werden. Aber das allein wird nur im günstigsten, mildesten Fall genügen. Gewöhnlich wird man ohne durchdachtes und gut vorbereitetes Zusammenspiel von finanz-, steuer-, produktions- und absatzpolitischen Massnahmen nicht auskommen, unter Umständen noch ergänzt durch solche preis-, lohn- und einkommenspolitischer Art.

Neben dieser einen Form der kapitalistischen Krise kommt eine andere, mindestens ebenso aktuelle vor, die der erstern in mancher Beziehung widerspricht, aber trotzdem als deren legitime und manchmal nahe verbundene Zwillingschwester betrachtet werden muss. Es handelt sich dabei um die Auseinanderentwicklung von konsumiertem und gespartem Einkommen einerseits und Konsumgüter- und Produktionsmittel-Angebot andererseits.

Das gesamte Volkseinkommen teilt sich bezüglich seiner Verwendung in *Konsumkaufkraft*, die zum Kauf von Konsumgütern dient, und in *Ersparnisse*, die zum Kauf von Produktionsmitteln bestimmt sind. Solange das Verhältnis zwischen Konsumkraft und Ersparnissen übereinstimmt mit dem Verhältnis zwischen Konsumgüter- und Produktionsmittelangebot, besteht ein wirtschaftliches Gleichgewicht.

Sind zum Beispiel in einer Volkswirtschaft für 50 Milliarden Franken Konsummittel und für 10 Milliarden Franken Produktionsmittel angeboten, dann müssen auch Konsumkraft und Ersparnisse im gleichen Verhältnis von 5 : 1 zueinander stehen, wenn es keine Störungen geben soll. Das letztere Verhältnis kann sich aber aus verschiedenen Gründen, die wir hier nicht weiter untersuchen müssen, leicht ändern. Es könnte zum Beispiel im nächsten Jahr auf 4 : 1 gesunken sein. Wir hätten dann eine Konsumkraft von 48 Milliarden Franken und Ersparnisse von 12 Milliarden Franken, während das Angebot von Konsum- und Produktionsmitteln weiter 50 bzw. 10 Milliarden Franken betragen könnte. Die Folge davon wäre natürlich eine Preissenkung bei den Konsumgütern, da hier einem Angebot von 50 Milliarden Franken nur eine Nachfrage von 48 Milliarden Franken gegenüberstände.

Rein mathematisch könnte man denken, bei den Produktionsmitteln, wo jetzt einem Angebot von 10 Milliarden Franken eine Ersparnismenge von 12 Milliarden Franken gegenübersteht, würden die Preise entsprechend steigen und damit sei ein neues Gleichgewicht hergestellt. Aber diese Anpassung ist nicht möglich, weil das Kaufen von neuen Produktionsmitteln (*Investieren*) ja nur dann einen Sinn hat, wenn der Absatz der Konsumgüter zunimmt. Geht dieser hingegen zurück, dann ist jede neue Maschine, mit der man noch mehr der unabsetzbaren Konsummittel produzieren kann, zum

vornherein ein Verlustgeschäft. Die Ersparnisse werden also in diesem Fall nicht zur Nachfrage nach Produktionsmitteln eingesetzt: Sparen und Investieren fallen auseinander. Damit ist die Krise ausgebrochen.

Eine derartige Entwicklung entspricht nun nicht einer blossen rechnerischen Annahme, sondern im wesentlichen der wiederholt festgestellten Wirklichkeit in einem gewissen Stadium der kapitalistischen Konjunktur. Nach einigen Jahren des Aufschwungs pflegt sich die *Sparquote* (der gesparte Teil) des Volkseinkommens zu vergrössern, da der Nachholbedarf von der Depression her gedeckt ist und von den grösser gewordenen Einkommen sich leichter etwas auf die Seite legen lässt. Um gleichviel, wie die Sparquote zunimmt, vermindert sich die *Konsumquote*, denn was vom Einkommen gespart wird, kann nicht gleichzeitig für den Konsum ausgegeben werden.

Die ganze Güterwirtschaft ist aber in diesem Stadium umgekehrt gerade auf eine starke Steigerung des Konsums eingerichtet, beginnen doch jetzt die im Anfang der Konjunktur intensiv ausgebauten Produktionsanlagen sich in einer Fülle von zusätzlichen Gütern auszuwirken. Das Angebot an Konsumgütern nimmt also erheblich zu, während die Nachfrage durch das vermehrte Sparen gedämpft ist.

Es braucht gar nicht so weit zu kommen, dass das Angebot von Konsumgütern die Nachfrage übersteigt. Schon wenn es sich nur deutlich der Nachfrage annähert, kann das Alarmzeichen der beginnenden Krise anschlagen. Die ganze Produktionsmittelindustrie hatte nämlich ihre Produktion darauf eingerichtet, dass die Konsumgüterindustrie *zusätzlichen* Absatz erwartete und daher Produktionsmittel zur Erweiterung ihrer Anlagen bestellen konnte. Sobald nun kein zusätzlicher Konsumgüterabsatz mehr in Aussicht steht, fallen die Aufträge der Konsumgüterbetriebe an die Produktionsmittelindustrie aus, und damit beginnt bei den letztern die Krise. Obschon also der Anlass zur Krise bei den Konsumverhältnissen liegt, bricht die Krise tatsächlich fast immer bei den Produktionsmittelindustrien aus.

Wie bei der ersten Art der Krise geht auch hier gewöhnlich ein inflatorisch verstärkter Aufschwung voraus. Die gleichen Vorkehren gegen die Ueberstürzung dieses Aufschwungs, wie wir sie für die erste Art der Krise empfohlen haben, würden auch in diesem Fall die Bekämpfung der Krise wesentlich erleichtern. Die Krise selbst ist auch hier keineswegs ein Problem der Geldmenge, sondern vielmehr ein solches der richtigen *Geldverwendung*.

Ob ein Einkommen zum Konsum oder zur Ersparnis verwendet wird, kann natürlich nicht von der Notenbank aus dirigiert werden. Hingegen kann auch hier durch geeignete Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik der Krise wirksam begegnet werden. In dem Mass, wie der private Konsum versagt, muss der staatliche Konsum ausgedehnt

werden. Oder man muss durch geeignete Steuern jenen Kreisen, die infolge ihrer übergrossen Einkommen am meisten sparen, einen erheblichen Teil ihrer Kaufkraft wegsteuern und diese jenen Schichten der Bevölkerung, die noch einen grossen unbefriedigten Bedarf zu decken haben, zukommen lassen.

Mit diesen nicht geldpolitischen, sondern *planwirtschaftlichen Massnahmen* kann man die Krise erfolgreich bekämpfen. Voraussetzung dazu ist natürlich, dass die nötigsten wirtschaftsstatistischen Daten vorliegen, womit es in der Schweiz noch sehr mangelhaft bestellt ist. Ferner muss ein gewisser konjunkturpolitischer Apparat mit den nötigen Kompetenzen vorhanden sein, was man für die Schweiz nicht behaupten kann.

Die behandelten Krisen sind solche von grossen, mehr oder weniger abgeschlossen gedachten Volkswirtschaften oder solche der Weltwirtschaft im ganzen genommen. Soweit die Schweiz Bestandteil der Weltwirtschaft ist, treffen die Ueberlegungen für sie zu. Wenn man die schweizerische Wirtschaft für sich allein betrachtet, so äussert sich die Krisengefahr für sie in erster Linie in der Bedrohung des Absatzes für die Exportindustrie (wozu in einem weiteren Sinn auch der Fremdenverkehr gehört).

Dagegen ist leider kein billiges Kraut gewachsen. Die oft leichthin empfohlene Senkung des Wechselkurses, das heisst Abwertung, ist ein zweischneidiges Schwert, das zudem ohne weiteres stumpf wird, sobald das Ausland zur gleichen Waffe greift. Ebenso verfehlt wie eine leichtsinnige Abwertung ist allerdings das sture Festhalten an einer vom Ausland aufgegebenen Goldparität, die den tatsächlichen Verhältnissen der Währung nicht mehr angemessen ist. Also auch hier wieder: Notwendigkeit der Vermeidung von Massnahmen der Geldpolitik, die der Wirtschaft schaden, aber keine empfehlenswerte Möglichkeit, die Krise durch Geldpolitik zu verhindern.

Dr. Eugen Steinemann.

CIO-Kongress 1953

Wer wie der Schreibende Gelegenheit hatte, während rund acht Wochen in den Vereinigten Staaten herumzureisen und dabei vorwiegend mit der Arbeiterschaft und ihren Organisationen in Kontakt zu sein, der wird nicht bestreiten, daß so etwas wie ein fernes Donnerrollen nahezu unablässig hörbar ist. Zündstoffe sind bereits viele vorhanden, und es werden fast täglich neue geliefert. Das «Take it easy» (Nimm's ruhig!) der unmittelbaren Nachkriegszeit ist in der Sprache der aktiven Gewerkschafter selten, das «Take care» (Aufpassen!) dagegen zur Uebung geworden. Politisch sorgen die sich ablösenden internationalen Spannungen dafür, daß sich auch der kleine